Willy Potthoff

Neue Strukturen (1974 - 1978)

Im Wintersemester 1974/75 erreichte die Pädagogische Hochschule Freiburg mit 4501 Immatrikulierten die höchste Studentenzahl ihrer bisherigen Geschichte. Sie war damit vor Heidelberg und Ludwigsburg die größte Pädagogische Hochschule in Baden-Württemberg und ist es bis heute geblieben.

Die Situation an der Hochschule war jedoch unbefriedigend. Obgleich in den vorausgegangenen Jahren neue Kollegiengebäude errichtet worden waren, herrschte drückende Enge; denn die vorhandenen Hörsäle und Seminarräume waren nur für 2000 Studenten ausgelegt. Auch der Ausbau des Lehrkörpers hatte mit dem schnellen Anwachsen der Studentenzahl in den Jahren 1972 bis 1974 nicht Schritt gehalten. Die Auslastung der Lehrkapazität lag in allen Fächern über 180 % und in einigen Fächern sogar bei 280 %. So waren überfüllte Lehrveranstaltungen die Regel. Flure und Kellerräume wurden für Veranstaltungszwecke herangezogen, und was des wissenschaftlichen Gesprächs bedurft hätte, was nach gründlicher individueller Sachauseinandersetzung verlangte, wurde wegen der großen Teilnehmerzahlen in den Seminaren oftmals Vorlesung. Das war der Qualität der Lehrerbildung abträglich; denn Bildungsprozesse, die ja nicht machbar sind, bedürfen zu ihrer Ausreifung des menschlichen Gegenübers, wie es in der kleinen Gruppe am ehesten gegeben ist.

Der Zustand war besonders verhängnisvoll, weil eine unruhige, kriti-

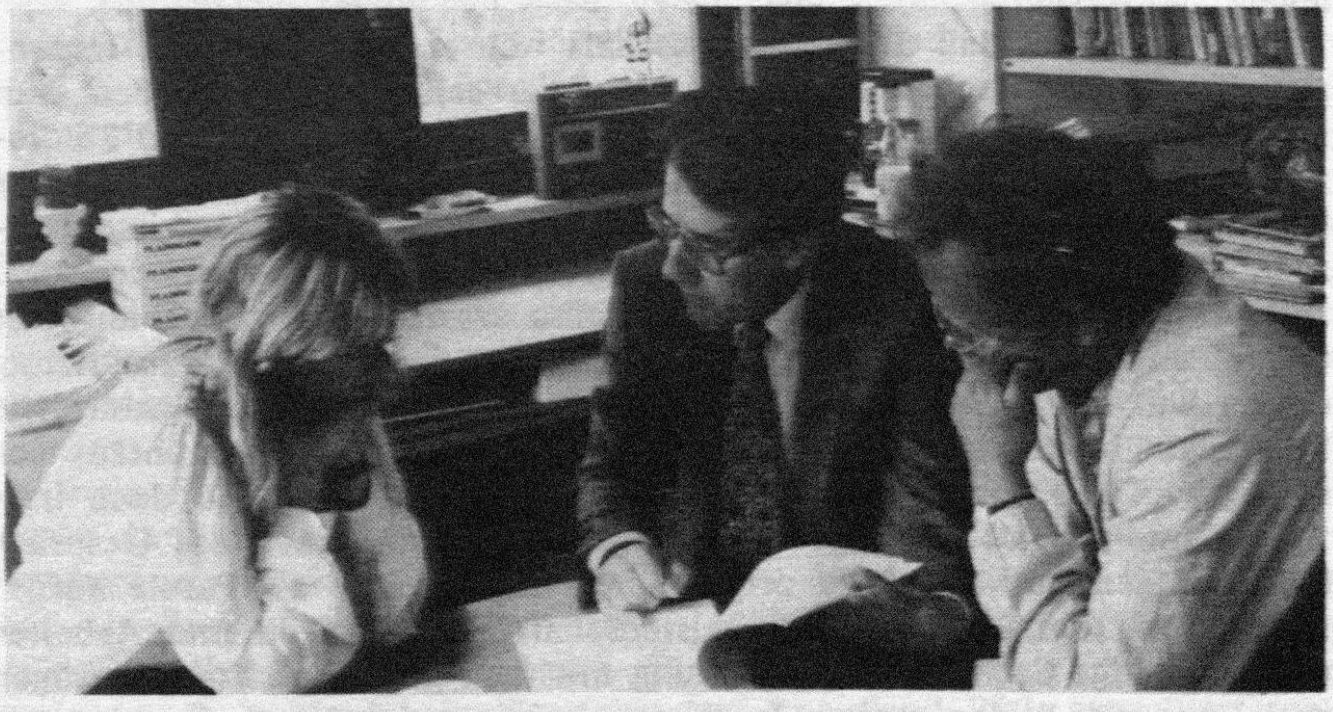

Abb. 13: Rektor Potthoff mit Mitarbeiter/in.

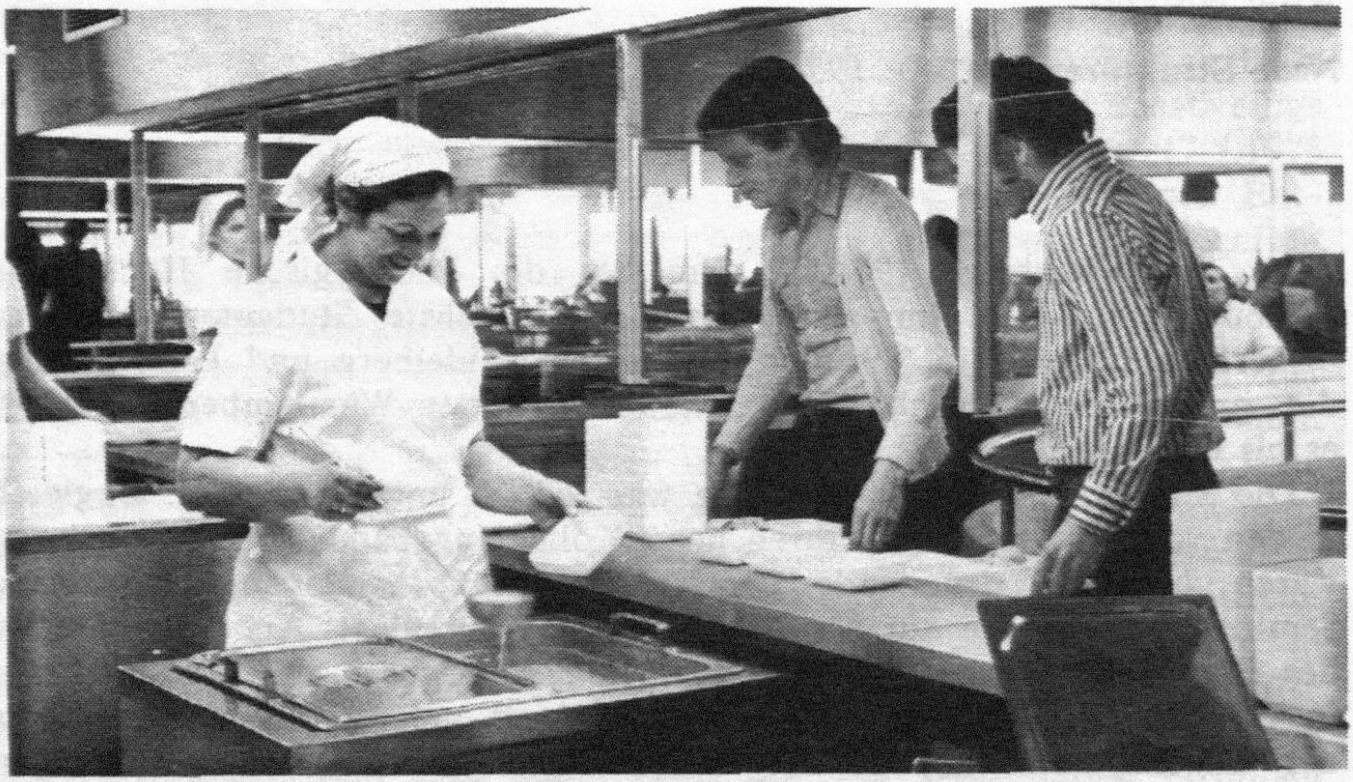

Abb. 14: Essen-Ausgabe in der neuen Mensa.

sche Studentenschaft nach Diskussionen verlangte. Pädagogische, fachwissenschaftliche und fachdidaktische Sachverhalte wurden von den Studenten "hinterfragt" und mit Skepsis angegangen. Der größere gesellschaftliche Kontext wurde einbezogen und pädagogisches Fragen in seiner Nähe zu politischem Fragen praktiziert. Natürlich blieben Einseitigkeiten dabei nicht aus, und es bedurfte oft des geduldigen Gesprächs, in den teilweise engagiert aufschäumenden Argumentationen die ehrliche Suche nach Wegbestimmung und pädagogischer Verantwortung offenzulegen.

Wir erkannten, daß die Studentenschaft während der schnellen Expansion der Pädagogischen Hochschule viel zu sehr allein geblieben war. Die Intensivierung der Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden war deshalb eine erste wichtige Aufgabe, die bei den genannten Rahmenbedingungen nur schwer zu realisieren war. Eine gewisse Entspannung auf diesem Gebiet brachte der Neubau der Mensa, der 1975 fertiggestellt wurde. Die sehr große Mensa ersetzte wenigstens teilweise die fehlenden Kommunikationszentren und war damit eine Voraussetzung dafür, daß die Isolation abgebaut werden konnte, in der sich zahlreiche Studenten befanden. Große Teile der Dozentenschaft bemühten sich rührig, auf die suchenden, die selbstsicher auftretenden und doch irritierten und die isolierten Studenten zuzugehen, mit ihnen das Gespräch aufzunehmen und ihnen zu zeigen, daß Wissen nicht als Parole aufgenommen werden darf, sondern wissenschaftliches Denken und Arbeiten die sorgfältige Sachauseinandersetzung mit dem gewissenhaften Abwägen des Für und Wider meint. In dieser Zeit wurde den Lehrenden ein oftmals an die Grenze des Leistungsvermögens gehender Arbeitsein-

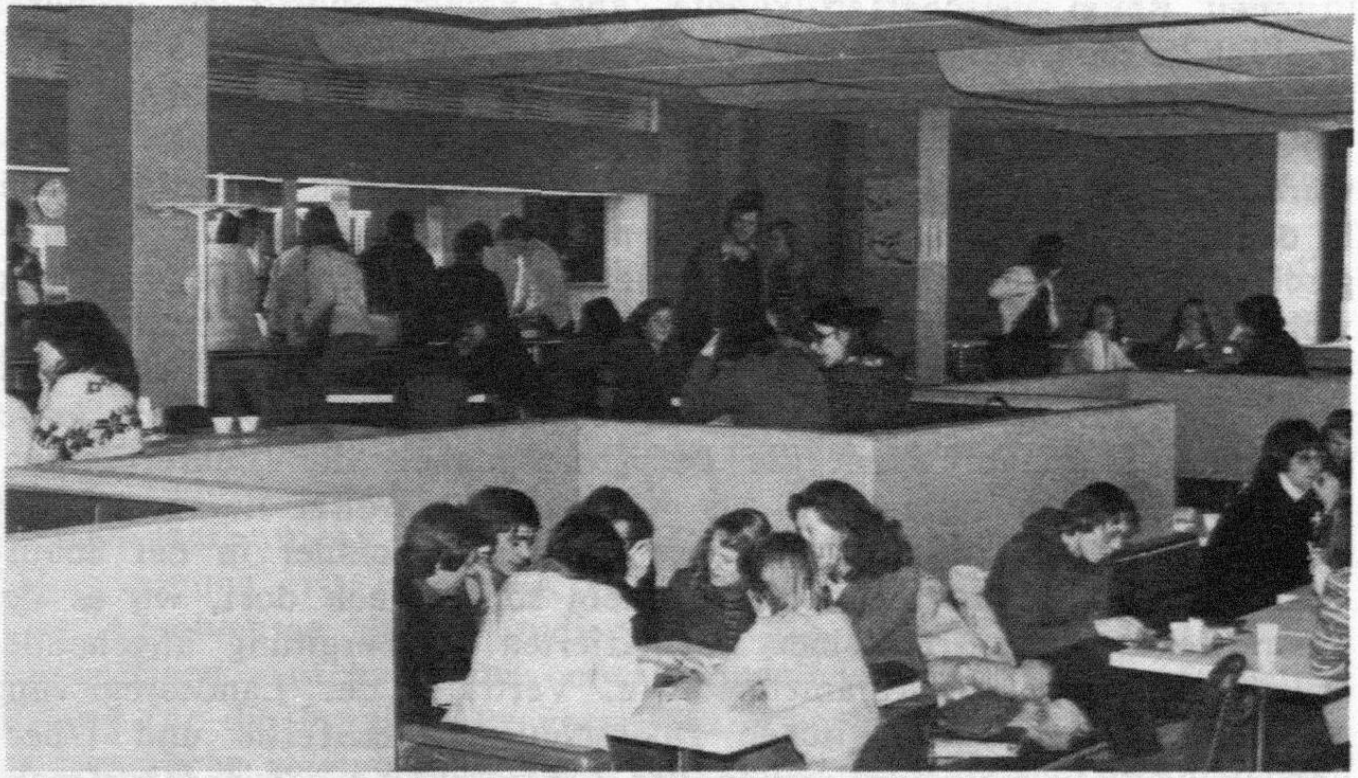

Abb. 15: Die Cafeteria im Erdgeschoß der Mensa.

satz und großes methodisches Geschick bei der Durchführung von großen Lehrveranstaltungen abverlangt. Mitglieder des Lehrkörpers übernahmen bei der Teilung zu großer Seminare zusätzliche Deputatsstunden, richteten weitere Sprechstunden ein und investierten bei der anfallenden Flut von Korrektur- und Prüfungsaufgaben viel Kraft.

Besondere räumliche Engpässe traten in den Fächern Kunst und Sport auf. So war die vorhandene Turnhalle für eine Institution mit 300 Studenten ausgelegt und genügte auch in ihren Ausmessungen nicht mehr den gestiegenen fachlichen Ansprüchen. Die Veranstaltungen des Faches Sport mußten auf die Sportstätten der ganzen Stadt und der benachbarten Gemeinden verteilt werden. Schließlich gelang es, den bereits vorliegenden Plan für den Bau eines gemeinsamen Sportzentrums für Universität und Pädagogische Hochschule in die Realisierungsphase zu bringen. Im Sommersemester 1978 konnten dann die ersten Sportveranstaltungen im neu gebauten Sportzentrum stattfinden.

Zu dieser Zeit wurde die Frage drängend, welche Struktur die baden-württembergischen Pädagogischen Hochschulen zukünftig haben sollten. Es zeichnete sich 1975 deutlich ab, daß die einige Zeit über die Didaktischen Zentren vehement betriebene Gesamthochschullösung, die in anderen Bundesländern zum Zuge kam, in Baden-Württemberg politisch nicht durchsetzbar war. Der Gedanke, je eine badische und eine württembergische Pädagogische Hochschule mit den bestehenden Hochschulen als Abteilungen zu schaffen, fand - auch in den Pädagogischen Hochschulen selbst - wenig Anhänger. Es wurde angenommen, daß eine derartige, z. B. in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erprobte Organisationsstruktur den Hochschulen zwar größeres Gewicht im bildungspo-

litischen Raum verschaffen könnte, aber keinen Schritt zu größerer Qualität in Forschung und Lehre bedeuten würde. Vor allem aber wollten die einzelnen Hochschulen ihre Selbständigkeit nicht aufgeben.

Als Frage blieb, auf welchem Niveau Lehrerbildung an den baden-württembergischen Pädagogischen Hochschulen praktiziert werden sollte. In der Öffentlichkeit wurden zunehmend Stimmen laut, die den Pädagogischen Hochschulen den wissenschaftlichen Status streitig machen wollten und offensichtlich am liebsten wieder die frühere Seminarausbildung eingerichtet hätten. Unbestritten war in der Diskussion, daß die Lehrerbildung die primäre Aufgabe der Institutionen sein sollte. Streitpunkt war vor allem die Berufsbezogenheit der Lehrerbildung. Das war insofern erstaunlich, als wir keinen Zweifel daran gelassen hatten, daß das erziehungsbedürftige Kind, der Schüler in der Schulklasse, Zielpunkt unseres Bemühens sein sollte, auch dort, wo es der theoretischen Ebene zu einer qualifizierten Vorbereitung angehender Lehrer auf dieses Helferamt bedürfe. Vertreter der Landesregierung unterstellten den Pädagogischen Hochschulen Praxisferne und Über- und Pseudoverwissenschaftlichung der Lehrerbildung sowie Überfrachtung junger Lehrer mit aufgeblasenem theoretischen Wissensstoff.

Diese Stimmen griffen vielerorts geäußertes Unbehagen an der Schule auf und versuchten nun einseitige Schuldzuweisungen. Gefordert wurde, Erziehungskunst dürfe nicht zum Monopol der Erziehungswissenschaftler werden; Erziehungskunst sei eine Sache des Herzens und der persönlichen Hinwendung zum Kind. Die Vertreter unserer Hochschule unterstrichen hingegen, daß die vom Lehrer zu erbringende vielseitige Kompetenz zur Meisterung der sich in heterogen zusammengesetzten Klassen stellenden Aufgaben nur auf qualifiziertem wissenschaftlichem Fundament zu erwerben sei. Sie betonten, daß wissenschaftliche Lehrerausbildung und personaler Bezug in der Erziehung keine unvereinbaren Gegensätze sein müßten. Wir konnten auch auf die erhebliche Einbeziehung der Schulpraxis in das Lehrerstudium hinweisen, die in keinem anderen Bundesland so intensiv erfolgte wie in Baden-Württemberg. An unserer Hochschule hatten die Leiter der schulpraktischen Ausbildung zudem eine Praktikumskonzeption entwickelt, die von zahlreichen anderen Hochschulen der Bundesrepublik als Vorbild genommen wurde.

Uns wurde bewußt, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Hochschule intensiviert und der Bezug zu allen Personen und Einrichtungen, die an der Lehrerbildung ein legitimes Interesse haben, verbessert werden mußte, wenn die gravierenden Informationsmängel und Voreingenommenheiten abgebaut werden sollten. Das führte zur Herausgabe des Mitteilungsorgans "PH FR", das den Informationsfluß seither erheblich verbessert hat, und zu zahlreichen neuen Kontakten mit den an der Lehrerbildung interessierten Personenkreisen.

In Zusammenarbeit mit den Lehrerverbänden drängten die Vertreter der Hochschule das Ministerium, endlich auch für den Grund- und Hauptschulbereich eine zweite Ausbildungsphase in der Form eines

Referendariats zu institutionalisieren, um die geforderte enge Verzahnung der wissenschaftlichen Ausbildung mit der Praxis zu garantieren und dabei die erste und zweite Ausbildungsphase so eng aufeinander zu beziehen, daß sich beide Phasen im permanenten Kontakt wechselseitig ergänzen würden. Die später erfolgte Einrichtung von Seminaren für die zweite Ausbildungsphase erfüllte diese Forderung nur teilweise.

Ende 1975 gewannen wir den Eindruck, die Landesregierung wolle den wissenschaftlichen Status der Pädagogischen Hochschulen abbauen und sie einseitig auf die Lehrerausbildung beschränken, indem sie die eben erst eingerichteten Ausbildungsgänge für das Diplomstudium ersatzlos streichen wollte. Sachliche Gründe für die beabsichtigte Maßnahme wurden nicht genannt. Die Qualität des Diplomstudiums konnte auch schon deshalb nicht ernsthaft in Zweifel gezogen werden, weil die Diplomordnung erst 1973 in Kraft getreten war und es 1975 noch gar keine Absolventen dieser Studiengänge gab, denen man nach einem 4-semestrigen Aufbaustudium etwa mangelndes Niveau oder fehlende Eignung für die Praxis hätte vorwerfen können. Die intensiv einsetzenden Gespräche zeigten schließlich, daß hinter dem Vorstoß der Landesregierung Sparpläne des Finanzministeriums standen.

Es gelang den Hochschulvertretern, das Problem auf eine sachliche Ebene zu rücken, auf der die wünschenswerte Struktur der Pädagogischen Hochschulen diskutiert werden konnte. Es gelang uns nachzuweisen, wie gut die Pädagogische Hochschule in der Lage ist, Führungskräfte für die Erwachsenenbildung, den sozialpädagogischen Bereich und den schulischen Sektor auszubilden, und darauf hinzuweisen, wie sehr die Qualität der Arbeit an einer Pädagogischen Hochschule durch die wissenschaftliche Arbeit in den Diplomstudiengängen verbessert wird und auch das Lehramtsstudium daran partizipiert. Deutlich wurde auch herausgestellt, daß Diplomstudiengänge die Voraussetzung für das Heranbilden des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses sind und Pädagogische Hochschulen zu diesem Zwecke nicht nur den Diplomabschluß anbieten, sondern auch das Promotionsrecht erhalten müssen.

Unsere Argumente wurden akzeptiert, und das Diplomstudium blieb erhalten, wenn auch vorübergehend mit Zulassungsbeschränkungen. Aus der heutigen Perspektive wird noch deutlicher, wie wichtig die Erhaltung der Diplomstudiengänge war. Das Diplomstudium ist neben den Lehrerausbildungsstudiengängen, deren Absolventen derzeit nur eine geringe Chance auf Übernahme in den Staatsdienst haben, zu einer der tragenden Säulen der Pädagogischen Hochschule geworden.

Eine Institution, die ausschließlich für das vom Staat getragene Lehramt ausbildet, ist den Schwankungen des sich ständig ändernden Lehrerbedarfs voll ausgeliefert. Die Hineinnahme des Diplomstudiums in den Aufgabenbereich hatte deshalb eine Festigung der Struktur der Hochschule bedeutet und zugleich eine breitere Fundierung der akademischen Lehre mit sich gebracht. Für eine annähernd gleichbleibende personelle und räumliche Auslastung der Pädagogischen Hochschule

mußte das Ausbildungsangebot aber auf eine noch breitere Grundlage gestellt werden. Das konnte am ehesten geschehen, wenn weitere verwandte erziehungswissenschaftliche Studiengänge angeboten wurden, deren Grundstudium dem der lehrerbildenden Ausbildungsgänge in etwa entsprach. Spezielle Veranstaltungsangebote, die auf die unterschiedlichen Berufsfelder abzielten, für die ausgebildet wurde, sollten dann im weiterführenden Studium hinzutreten.

1976 zeichnete sich auch deutlich ab, daß das Land in Zukunft nicht mehr alle Absolventen der Lehramtsstudiengänge in den Staatsdienst übernehmen würde. Wir suchten deshalb intensiv nach Berufschancen für jene Studenten, die sich zu pädagogischen Arbeitsbereichen hingezogen fühlten, und damit nach neuen Ausbildungsaufgaben für die Pädagogische Hochschule. Das Land beabsichtigte, die Zahl der Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen von 18.000 auf 9.000 zu reduzieren, obgleich eine Ausbildungskapazität von 12.000 Studienplätzen vorhanden war. Wir schlugen dem Ministerium vor, die 3.000 überzähligen Plätze für Studienwillige vorzuhalten, die sich auf pädagogische Arbeitsfelder außerhalb des öffentlichen Dienstes vorbereiten wollten. In Freiburg richteten wir die Projektgruppe "Neue Studiengänge" ein, der sich die anderen Pädagogischen Hochschulen des Landes bald anschlossen. Die Projektgruppe erkundete pädagogische Tätigkeitsfelder mit guter Zukunftsperspektive, für die es bis dahin keine qualifizierten akademischen Ausbildungsgänge gab, und entwickelte in Kooperation mit den potentiellen Abnehmern neue Studiengänge. Alle 21 neu ausgearbeiteten Ausbildungsgänge waren so konzipiert, daß sie auf Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes vorbereiteten. Ihnen war gemeinsam, daß die Hochschulreife als Zugangsvoraussetzung gefordert wurde, das grundständige Studium 8 Semester dauern sollte, das Aufbaustudium auf 4 Semester ausgelegt war und das Studium jeweils mit der Diplomprüfung abschließen sollte. Es war vorgesehen, die neuen Studiengänge schwerpunktmäßig auf die 9 Pädagogischen Hochschulen des Landes zu verteilen. In Freiburg wurde mit den Studiengängen "Lehrer in der Erwachsenenbildung" und "Medienpädagogik" begonnen.

An Vorstößen, die auf das Promotionsrecht für die Pädagogischen Hochschulen des Landes abzielten, hatte es nicht gefehlt. Die Pädagogische Hochschule Freiburg hatte einen Promotionsausschuß eingesetzt, der eine Promotionsordnung vorbereitete. In eine entscheidende Phase kam die Angelegenheit aber erst vor der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes am 22.11.1977. Starke politische Kräfte der Mehrheitsfraktion wollten zunächst den Pädagogischen Hochschulen das Promotionsrecht verweigern. Neben der Opposition standen jedoch die Bildungspolitiker der Mehrheitsfraktion auf der Seite der Pädagogischen Hochschulen und befürworteten das Promotionsrecht in Erziehungswissenschaft und in den Fachdidaktiken, den Schwerpunktbereichen unserer Forschung. Sie setzten sich schließlich, unterstützt durch unsere Argumente, in der gesamten Fraktion durch.

Wenn wir das Promotionsrecht anstrebten, ging es uns einerseits um den Status der Hochschule im Verbund der wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik. So erhielt unsere Hochschule mit dem Promotionsrecht Sitz und Stimme in der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Wir suchten aber vor allem nach der Möglichkeit, einen eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs mit einer primär erziehungswissenschaftlich-fachdidaktischen Ausrichtung heranzubilden, wie es der Aufgabenstellung unserer Institution entspricht. Wir konnten den Landtagsabgeordneten verdeutlichen, daß der Lehrerbildung insgesamt durch eine speziell auf ihre Aufgaben und Möglichkeiten hin ausgerichtete qualitativ hoch anzusetzende Promotionsmöglichkeit erheblicher Gewinn erwachsen würde. So steht außer Zweifel, daß qualifizierte Forschung an unserer Institution besonders gut auf Arbeitsfeldern möglich ist, auf denen Doktoranden tätig werden.

Das Hochschulgesetz von 1977 billigte den Pädagogischen Hochschulen dann tatsächlich das Promotionsrecht zu. Es wurde insofern eingeschränkt, als die Promotion jeweils in Kooperation mit einer Universität zu vollziehen ist. Obgleich damit das Promotionsverfahren komplizierter wird, liegt in der verordneten Kooperation zwischen Pädagogischer Hochschule und Universität doch auch eine Chance zu einem wünschenswerten engeren Kontakt dieser beiden Hochschuleinrichtungen.

Ein entscheidender Durchbruch auf dem Wege zu einer Festigung des Wissenschaftscharakters der Pädagogischen Hochschulen war erfolgt. Das Hochschulgesetz, um dessen Ausformung sich Hochschulleitung und Großer Senat sehr intensiv bemüht hatten, bestätigte ausdrücklich den wissenschaftlichen Status der Pädagogischen Hochschulen und bestätigte Forschung im erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Bereich als Aufgabe dieser Institutionen. Es eröffnete der Hochschule die Chance zur Bildung eines akademischen Mittelbaus mit Studienräten im Hochschuldienst und Akademischen Räten. Schließlich schuf es die Voraussetzung für die Übernahme der C2-Dozenten auf Professorenstellen und verbesserte insgesamt den Status aller Professoren der Hochschule.

An der Pädagogischen Hochschule Freiburg baute sich die Überlastquote langsam ab, nachdem das Ministerium zum Wintersemester 1975/76 eine Kapazitätsverordnung erlassen hatte, die an der Lehrkapazität in den Fachdidaktiken orientiert war. 1978 war in den meisten Fächern eine normale Auslastung erreicht. Die günstige Dozenten-Studentenrelation ergab eine echte Chance zu einer weiteren Verbesserung der Ausbildungsqualität.